



Pressemitteilung

Erklärung der AfA-Berlin zur Wiederherstellung der S-Bahn

Die AfA Berlin sagt Nein zur weiteren Auslieferung des Nahverkehrs an den Wettbewerb. Sie lehnt jede Form der (Teil)-Ausschreibung & Privatisierung der Berliner S-Bahn ab

Die AfA-Berlin fordert Umsetzung des Sofortprogramms zur Wiederherstellung der Berliner S-Bahn

Anlässlich des Beginns des Volksbegehrens des Berliner S-Bahn-Tisches erklärt die Berliner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD:

Nur ein unter der vollen politischen und finanziellen Verantwortung und Entscheidung des Staates geführter ÖPNV kann einen qualitativ hochwertigen, sicheren und störungsfreien S-Bahn-Betrieb gewährleisten und das Recht der gesamten Bevölkerung auf Mobilität erfüllen. Das ist unvereinbar mit dem kapitalistischen Renditestreben und dem Dumping-Wettbewerb.

Mit der Bahnreform 1993/94 wurde die Bahn, und damit auch die S-Bahn, dem Diktat von wettbewerbsfähigen Kosten und Gewinn unterworfen; sie wurde „befreit“ von dem staatlichen Auftrag der Garantie der Öffentlichen Daseinsvorsorge und der dafür notwendigen Finanzierung und Ausstattung unter staatlicher Verantwortung. Die Folge dieser Auslieferung der Bahn (und damit auch der S-Bahn) an den kapitalistischen Wettbewerb war eine unverantwortliche Demontage der S-Bahn, die in einem skandalösen Quasi-Zusammenbruch endete.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die AfA Berlin jede Initiative gegen eine Privatisierung der Berliner S-Bahn und gegen die Ausschreibung, die den Weg in die Privatisierung öffnet.

„Umso überraschter hat die AfA zur Kenntnis genommen, dass das Volksbegehren des Berliner S-Bahn-Tisches von den Initiatoren angekündigt wird als ein Volksbegehren gegen »Privatisierung und Ausplünderung«, aber dann kein Wort darin zu finden ist gegen eine Ausschreibung oder Teilausschreibung. Vielmehr werden »Anforderungen«! an einen »Verkehrsvertrag« formuliert, d.h. die Bedingungen für eine Ausschreibung/Vergabe“, erklärt der Landesvorsitzende Christian Haß. „Es findet sich kein Satz für den Erhalt einer einheitlichen S-Bahn (keine Teilausschreibungen!), kein Satz für den Erhalt der S-Bahn als öffentlicher Betrieb und kein Satz zur zwingenden Vorschrift der Sofortigen Wiederherstellung der S-Bahn“.

Das ist natürlich kein Zufall, denn Verkehrsverträge definieren schließlich die Anforderungen der Ausschreibung und Vergabe an einen zukünftigen Betreiber. Das heißt also, in jedem Fall zu akzeptieren, dass der Staat, obwohl Eigentümer, nicht mehr die politische oder auch

wirtschaftliche Führung und Kontrolle über die Betriebe hat. Vergabe und Ausschreibungen sind prinzipiell mit dem Privatisierungsprozess verbunden.

Sie sind eine erste Form der Privatisierung und der Bruch mit dem Prinzip der Öffentlichen Daseinsvorsorge.

Deshalb hat die AfA auf ihrer letzten Bundeskonferenz auf Initiative der Berliner AfA die Wiederherstellung der vollständigen finanziellen und politischen Kontrolle und Führung der Deutschen Bahn durch die Bundesregierung verlangt, wobei der Einfluss des Landes Berlin auf die S-Bahn neu geregelt werden muss. Christian Haß: „Auf Initiative der AfA steht im Landeswahlprogramm der SPD: »eine (Teil-) Ausschreibung der Berliner S-Bahn lehnen wir ab.«“

„Ein Volksbegehren, das nicht nur zur (Teil-)Ausschreibung schweigt, sondern mit dem Verkehrsvertrag der Vergabe der S-Bahn das Wort redet, d.h. eine »faire Ausschreibung« einen »fairen Wettbewerb« fordert, ist eine Mogelpackung, von der niemand weiß, wem sie dient.“
Kollegen der DB Regio schreiben auf Grund der Bilanz ihrer Erfahrungen: „Es gibt keinen fairen Wettbewerb, sondern nur staatlich vorangetriebenes Lohndumping“

Aus der Belegschaft wurde ein **Sofortprogramm für die Wiederherstellung der S-Bahn** entwickelt, welches der Betriebsrat sich zu eigen gemacht hat. Der aus der Belegschaft entstandene Kontrollausschuss hat in einer ersten Bilanz festgestellt, dass keine wirklichen Maßnahmen ergriffen wurden, um den Verfall der Berliner S-Bahn zu stoppen.

Von der Bundesregierung als dem verantwortlichen staatlichen Organ fordert die Belegschaft der S-Bahn „die Entscheidung zur vollen Finanzierung der dringlich notwendigen Sofortmaßnahmen zur Rettung und Wiederherstellung der S-Bahn“. Die Verantwortung der Parteien des Berliner Senats liegt darin, dafür einzutreten.

Wer die Wiederherstellung der S-Bahn will, muss diesen Kampf führen.

Berlin, den 01.07.2011

Kontakt für die Presse: Christian Hass, AfA Landesvorsitzender, unter 0179 / 974 95 82